

# Aktionsprogramm: Energie für alle!

Maßnahmen zur Bekämpfung von Energiearmut vor Ort.





## **Impressum**

DIE LINKE. Baden-Württemberg  
Falkertstraße 58  
70176 Stuttgart  
Tel.: 0711 241045  
[lgs@die-linke-bw.de](mailto:lgs@die-linke-bw.de)

[www.die-linke-bw.de](http://www.die-linke-bw.de)

# Einleitung

Spekulationen an den Börsen, Lieferengpässe, jahrzehntelange Versäumnisse im Ausbau erneuerbarer Energien und dem Erreichen der Klimaziele, die Auswirkungen der Corona-Pandemie und letztlich auch der Krieg in der Ukraine, führen zu einem massiven Anstieg der Energie- und Kraftstoffpreise. Dies birgt für einen großen Teil der Bevölkerung eine enorme finanzielle Mehrbelastung. Insbesondere sich bereits in Armut oder an der Armutsgrenze befindende Haushalte leiden unter diesen Bedingungen, gerade wenn sich diese zusätzlich im ländlichen Raum befinden und Ausweichmöglichkeit zum Individualverkehr begrenzt sind. Als LINKE ist es unsere Aufgabe, Armut durch steigende Energiekosten zu verhindern und den Menschen in dieser Notlage beiseitezustehen. Dazu müssen wir konkrete Maßnahmen entwickeln und diese möglichst flächendeckend einbringen.

Aus diesem Antrieb heraus haben wir als Landesvorstand ein Energieforum einberufen, das nun möglichst konkrete Maßnahmen entwickelt hat, um diesem Problem in Baden-Württemberg entgegenzuwirken. Der Einfluss und die Gestaltungsmöglichkeiten der Mandatsträger:innen auf Kommunal-, Kreis- und Regionalebene sind jedoch beschränkt. Wir rufen deshalb die Abgeordneten des Landtags und Bundestags sowie die Landes- und Bundesregierung auf, sich schnellstens mit den Auswirkungen der steigenden Energiepreise zu befassen und Maßnahmen zu entwickeln, die den Betroffenen tatsächlich helfen.

Die Ergebnisse dieses Forums sollen in dieser Zusammenfassung zur Verfügung gestellt werden und durch die Arbeit unserer Mandatsträger:innen in ganz Baden-Württemberg in Form von Anträgen und Initiativen Umsetzung finden.

## Bei Rückfragen an:

Justin Niebius ([justin.niebius@linke-bw.de](mailto:justin.niebius@linke-bw.de))  
(Mitglied des Landesvorstands, DIE LINKE. Baden-Württemberg)

Florian Vollert ([florian.vollert@die-linke-heilbronn.de](mailto:florian.vollert@die-linke-heilbronn.de))  
(Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg e.V.)

Gregor Mohlberg ([gregor.mohlberg@eine-stadt-fuer-alle.de](mailto:gregor.mohlberg@eine-stadt-fuer-alle.de))  
(Fraktionsgemeinschaft EINE STADT FÜR ALLE – links. ökologisch. feministisch. im Freiburger Gemeinderat)

Lukas Bimmerle ([lukas.bimmerle@gr.karlsruhe.de](mailto:lukas.bimmerle@gr.karlsruhe.de))  
(Fraktion DIE LINKE. im Karlsruher Gemeinderat)

# Kurzfristige Maßnahmen

Einrichtung von städtischen Sozialenergiefonds, welche Teilbeträge vereinbarter Abschlagszahlungen im Fall von aufgelaufenen und unverschuldeten Stromschulden übernehmen, um den Einstieg in Schuldenspiralen zu verhindern. Die Sachverhalte sollen nach individueller Prüfung abgewickelt werden.

Senkung des Preises auf angebotene Formen von Sozialtickets. Direkte Stromkostenzuschüsse seitens der Stadt würden in voller Höhe auf die Grundsicherung angerechnet werden. Durch die indirekte Bezuschussung über die Senkung der Sozialticket-Preise kann die Gesamtbelastung der betroffenen Haushalte jedoch trotzdem verringert werden. Durch die bevorstehenden Einsparungen durch das von der Bundesregierung eingeführte 9-Euro-Ticket kann die Absenkung der Sozialticketpreise gegenfinanziert werden.



Zusage von Sozialämtern/Jobcentern, gestiegene Heizkosten aufgrund der aktuellen Preiserhöhungen für Haushalte von Transferleistungsempfänger:innen vollständig zu übernehmen.

Städtische Energieversorger werden aufgefordert, bereits beschlossene Gaspreiserhöhungen zurückzunehmen. Sollten Preiserhöhungen nicht zurückgenommen werden, werden die städtischen Energieversorger aufgefordert, die Preise für einen Gasgrundbedarf von 8000\* kWh/Jahr (Singlehaushalt) zeitweilig auf dem alten Preisniveau zu deckeln. Analog wird dies auch bei einem Stromgrundbedarf von 100kWh/Monat bzw. 1200 kWh/Jahr veranlasst.

\* entspricht circa einem halben Jahresverbrauch einer 100m<sup>2</sup>-Wohnung



Aufforderung an kommunale Energieversorger, auf Energie- und Wassersperren aufgrund nicht bezahlter Energie- und Wasserkosten zu verzichten. Eine gleiche Aufforderung soll auch an nicht-kommunale Energieversorger gehen. Darüber hinaus sollen die kommunalen Energieversorger dazu aufgefordert werden, Arbeitsgruppen einzurichten, die sich mit in Bedrängnis geratenen Haushalten beschäftigen und welche ein Härtefallkonzept entwickeln sollen.



Beratungs- und Unterstützungsprogramme zur Beschaffung stromsparender Geräte wie dem Freiburger Programm „Austausch Weiße Ware & Stromsparmcheck“ erhalten dort, wo bereits vorhanden, Mittel zur Bewerbung und Bekanntmachung. Sind keine entsprechenden Programme vorhanden, werden Konzepte zur Einführung entsprechender Angebote erstellt.

Die Beschaffung von Stecker-Solar-Modulen, sogenannte Balkonmodule, wird kommunal bezuschusst. Für Geringverdienende soll dieser Zuschuss zusätzlich erhöht werden. Dort, wo bereits entsprechende Förderprogramme existieren, wird die Erhöhung der Zuschüsse (insbesondere für Geringverdienende) überprüft und in Erwägung gezogen.

Einrichtung einer Stelle für Klima- und Energiemanager:innen, die den Ausbau erneuerbarer Energien koordinieren und „Energy Sharing“ Konzepte sowie die Zusammenarbeit von kommunalen Energieversorgern und Energiegenossenschaften vorantreiben.

# Mittel- und Langfristige Maßnahmen

---

Kommunen sollen ihren kommunalen Energieversorgern vorschlagen, ein Tarifmodell zu entwickeln, das einen Strom-Sozialtarif für Transferleistungsempfänger:innen vorsieht. Darüber hinaus soll ein kommunaler Heizspiegel erstellt werden, auf den bei der Übernahme von Energiekosten nach §22 SGB II durch den Bund zurückgegriffen werden kann.

Bestandswohnungen werden mietneutral wärmesaniert (Verbrauchseffizienz, Wärmeversorgung, Dämmung, Integration von Photovoltaik-Anlagen). Entsprechende Mittel werden zur Verfügung gestellt.

Die Wärmesaniierung öffentlicher Gebäude wird beschleunigt und vorangetrieben, um laufende Betriebskosten zu senken und damit kommunale Haushalte zu entlasten.

Der Ausbau von Photovoltaik-Anlagen auf städtischen Dächern und unnutzbaren Flächen wie Ohren von Straßenauffahrten soll ausgebaut und vollständig genutzt werden. Überschüssig produzierter Strom soll in das entsprechende Netz eingespeist werden.

Gründung einer Bürgerenergiegenossenschaft auf Initiative der Stadt, an welcher sich Bürger:innen beteiligen und somit eine nachhaltige, demokratische und dezentrale Energieversorgung vorantreiben können.



# Unsere Forderungen an die Bundes- und Landesregierung

---

Aktuelle (Strom-)Preissteigerungen müssen sich angemessen in der Grundsicherung widerspiegeln. Kurzfristig muss hierfür eine Einmalzahlung an Grundsicherungsempfänger:innen in Höhe von 200 Euro ausgezahlt werden. Folgend müssen die Regelsätze der Grundsicherung dringend um mindestens 100 Euro pro Monat erhöht werden und langfristig armutsfest die Realkosten abdecken, Preissteigerungen ausgleichen und insbesondere die Bereiche Mobilität, Ernährung und Energieversorgung realistisch berücksichtigen. Die Landesregierung setzt sich entsprechend bei der Bundesregierung dafür ein.

Die Mehrwertsteuer auf Strom- und Wärmekosten muss zeitlich befristet gesenkt und an die Verbraucher:innen weitergegeben werden.

Bundes- und Landesregierung müssen sich für eine Reform des Strompreismarktes einsetzen, die Verbraucher:innen günstige und preisstabile Grundversorgungskontingente zur Verfügung stellt und soziale und ökologische Steuerungskriterien abbildet. Des Weiteren muss die Gesetzeslücke geschlossen werden, nach der es Billiganbietern möglich ist, Lieferverträge mit Verbraucher:innen bei steigenden Preisen zu kündigen.

Die Landesregierung sowie die Abgeordneten des Landtags müssen sich bei der EnBW dafür einsetzen, dass Energiesperren bei nicht bezahlten Kosten verhindert werden.

Landes- und Bundesregierung sollen sich für die Förderung des Konzepts „Energy Sharing“ einsetzen und eine dezentrale und demokratische Energieversorgung vorantreiben und Vorgaben der Europäischen Union einhalten. Die Verteilung von Strom durch die Einspeisung von privat produzierten Strom soll vereinfacht werden.